
Binnenwirtschaft

26 Zunahme der Steuereinnahmen und neue Herausforderungen an das Steuersystem

Nach Angaben der Staatlichen Steuerverwaltung (State Administration of Taxation = SAT) konnten 1999 Steuereinnahmen in Höhe von 1,031 Billionen Yuan erzielt werden. Im Vergleich zu 1998 war dies eine Zunahme um 122 Mrd. Yuan bzw. um 13,4%.

Die Steuereinnahmen der Zentralregierung stiegen um 15% auf 578,6 Mrd. Yuan, die Lokalregierungen verzeichneten eine Zunahme um 12% auf 452,7 Mrd. Yuan. Die (inländische) Mehrwert- und Verbrauchssteuer trug mit 484,6 Mrd. Yuan zu den gesamten Steuereinnahmen bei, ein Anstieg um 6% gegenüber 1998.

Der Direktor der SAT, Jin Renqing, begründete den Anstieg der Steuereinnahmen mit dem stabilen Wachstum der Wirtschaft, insbesondere der Belebung der Exporte und der Unternehmensperformance. Jin wies darauf hin, dass Steuern zu einem wichtigen Instrument der gesamtwirtschaftlichen Steuerung geworden sind. So wurden von der Regierung im letzten Jahr die Exportsteuerrückstellungen erhöht, eine Besteuerung der Zinseinnahmen auf Sparguthaben eingeführt und die Steuer auf Anlageinvestitionen um die Hälfte gesenkt. Der Umfang der Exportsteuerrückstellungen belief sich 1999 auf 62,8 Mrd. Yuan, eine Zunahme um 44% gegenüber 1998.

Die staatlichen Einnahmen in Form von Zöllen stiegen Jin zufolge nach der erfolgreichen Bekämpfung des Schmuggels erheblich an. Insgesamt nahmen die Zolleinnahmen bei Importen um 78% bzw. 103,9 Mrd. Yuan zu. Die Bekämpfung des Schmuggels hatte außerdem eine positive Auswirkung auf die Inlandsnachfrage.

Nach Angaben der General Administration of Customs (GAC) belief sich das gesamte Volumen der Zölle auf 158,96 Mrd. Yuan, ein Anstieg um 80,8% gegenüber 1998.

Chinas expandierender Wertpapiermarkt trug ebenfalls zum Anstieg der Steuereinnahmen bei. So nahm die Börsenumsatzsteuer auf Wertpapiertransaktionen 1999 um 19% zu und erreichte ein Volumen von 24,5 Mrd. Yuan.

Jin führte den Anstieg der Steuereinnahmen auch auf Verbesserungen bei der Steuereintreibung und -prüfung zurück. Im letzten Jahr konnten die Steuerbehörden 10 Mrd. Yuan ausstehender Steuern eintreiben; 1998 waren dies 20 Mrd. Yuan gewesen. Nach wie vor sollen noch rd. 30 Mrd. Yuan an Steuern ausstehen.

Obwohl das Wachstum der Steuereinnahmen höher als das gesamtwirtschaftliche Wachstum im letzten Jahr ausfiel, verteidigte sich Jin gegen Vorwürfe, dass die Steuerbehörden zu rigoros vorgehen. (XNA, 12.1.2000)

In den chinesischen offiziellen Medien wurde mit Bezug auf die nationale Konferenz zu Steuern und Finanzen Mitte Januar und der Rede Jiang Zemin auf die noch bestehenden Probleme im Steuersystem eingegangen. So sei sowohl der Anteil der Steuereinnahmen am BIP und der Anteil der Zentralregierung an den gesamten Steuereinnahmen zu gering. Außerdem sei die Ausgabenstruktur nicht rational genug. Kritisiert wurde weiterhin die willkürliche Gebührenerhebung mancher Verwaltungen, die nicht nur die Steuerungsfunktion der fiskalpolitischen Maßnahmen behindere, sondern auch die Basis für korruptes Verhalten darstelle. (XNA, 20.1.2000)

Verglichen mit der BIP des Jahres 1999 in Höhe von rd. 8,32 Billionen Yuan stellen die Steuereinnahmen einen im international relativ niedrigen Anteil von 12%. Für das laufende Jahr wird eine vergleichbare Entwicklung nicht möglich sein. So sieht die vorläufige Haushaltsplanung lediglich eine Zunahme der Steuern um 8% vor. Mit dem Eintritt Chinas in die WTO wird außerdem eine Veränderung der Steuersätze für Unternehmen eingeführt werden müssen. So zahlen viele ausländische Unternehmen lediglich 15% Steuern, die inländischen dagegen 33%. Der Grundsatz des „national treatment“ in der WTO würde dann bedeuten, dass die ausländischen Unternehmen stärker besteuert werden müssten. Dies würde jedoch die At-

traktivität vieler Sonderwirtschaftszonen in Frage stellen. (IHT, 12.1.2000)

Die *Financial Times* weist in einem Artikel am 11.1.2000 darauf hin, dass das Steuersystem dringend reformiert werden muss, um die anstehenden Herausforderungen bewältigen zu können. Der Kapitalmarkt müsse ebenfalls stärker aktiviert werden, um nicht nur mehr Steuereinnahmen, sondern auch private Investitionen bereitstellen zu können.

Die bisherige Staatsverschuldung Chinas sei zwar relativ gering verglichen mit anderen Ländern, doch stelle der Anteil der Steuereinnahmen lediglich 12% am BIP dar, während dieser Anteil oftmals bei mehr als 40% in westlichen Ländern liege. Weiterhin sei die Verschuldung des Staates in den letzten Jahren rapide angestiegen, und die offiziellen Angaben seien unzureichend. Diese wiesen für 1999 ein geschätztes Haushaltsdefizit in Höhe von 180,3 Mrd. Yuan (13,45 Mrd. US\$) aus, rd. 2% im Vergleich zum BIP. Diese Zahl verschleierte die Probleme im Finanzsystem. So habe China nicht nur Schwierigkeiten bei der Bedienung der öffentlichen Schulden, sondern sehe sich auch mit hohen zukünftigen Ausgaben konfrontiert.

Hierzu zählten die Rekapitalisierung der Banken, die aufgrund ihrer niedrigen Eigenkapitalquote sehr geschwächt sind und einer Konkurrenz ausländischer Banken nach einem WTO-Beitritt kaum standhalten könnten. Um die Banken auf ein solides Fundament zu stellen, müssten zusätzliche Ausgaben auch in den kommenden Jahren bereitgestellt werden. Da die gesamten Staatsschulden kumuliert ein Volumen von 1,688 Mrd. Yuan ausmachten, ein Anteil von 20,5% des BIP, sei die Manövriermasse jedoch sehr gering. Zu den kumulierten Staatsschulden zählen 803 Mrd. Yuan für Staatsanleihen, 270 Mrd. Yuan Anleihen für eine begonnene Rekapitalisierung, Zinszahlungen für die Staatsanleihen von 803 Mrd. Yuan sowie 532,2 Mrd. Yuan für Anleihen, die von der Staatlichen Investitionsbank begeben wurden.

Zusätzlich zur Rekapitalisierung der Banken gebe es andere finanzielle Herausforderungen für die Regierung wie beispielsweise die Zunahme der Sozialausgaben, die beim Aufbau eines so-

zialen Sicherungssystem für die rd. 300 Mio. in den Städten lebenden Menschen notwendig würde. Steigende Arbeitslosigkeit und deutlich mehr Rentner in den nächsten Jahren sowie die Notwendigkeit zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Westregionen machten eine Reform des Steuersystems und eine Ausweitung des Kapitalmarktes dringend notwendig. -schü-

27 Wendepunkt bei der Belegung der Staatsunternehmen?

Anfang Januar erklärte Sheng Huaren, Minister der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission, dass der Wendepunkt bei der Belegung der großen und mittelgroßen Staatsunternehmen erreicht werden konnte. Diese Entwicklung sei der proaktiven Fiskalpolitik und den verschiedenen Reformmaßnahmen zu verdanken.

Zu den wichtigsten Maßnahmen zählt Sheng, dass mehr Konkurse, Fusionen und Schulden-swaps ermöglicht wurden und dass die Regierung höhere Subventionen für die technologische Erneuerung der Staatsunternehmen bereitgestellt habe.

Nach Angaben von Sheng stiegen in den ersten elf Monaten des Jahres 1999 die Gewinne der staatseigenen Industriebetriebe und der Unternehmen, in denen der Staat der Mehrheitseigner ist, um das Doppelte gegenüber der Vorjahresperiode. Das Gesamtvolumen der Gewinne belief sich auf 76,51 Mrd. Yuan. Die Zahl der Verlustunternehmen ging dagegen um die Hälfte auf rd. 3.000 zurück.

Regional betrachtet konnten die Staatsunternehmen in den ersten zehn Monaten des letzten Jahres in 26 von 30 Provinzen, autonomen Regionen und regierungsunmittelbaren Städten ihre Performance verbessern. Auch die Staatsunternehmen in den nordöstlichen Provinzen, die das schwerindustrielle Zentrum bildeten und über Jahre rote Zahlen geschrieben haben, sollen nach Angaben von Sheng Gewinne gemacht haben. In der Provinz Heilongjiang sollen beispielsweise die Gewinne um 108,3% gegenüber 1998 gestiegen sein. Bezogen auf die Branchen sollen sowohl die Textil-, Petrochemie-, Maschinenbau-,

Elektronik-, Pharmazie-, Metallurgie- und die Baustoffindustrie Gewinne aufweisen.

Nach Angaben von Wang Chunzheng von der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission haben die zur Stimulierung der Wirtschaft eingesetzten zusätzlichen Finanzmittel in Höhe von 60 Mrd. Yuan im Jahre 1999 die Marktnachfrage belebt und die Performance der Staatsunternehmen verbessert. Bereits 1998 hatte die Regierung zusätzlich Ausgaben in Höhe von 100 Mrd. Yuan zur Konjunkturankurbelung bereitgestellt.

Sheng zufolge haben vor allem Konkurse und Fusionen die Umstrukturierung der Staatsunternehmen beschleunigt. In den drei Jahren von 1997 bis 1999 sollen aufgrund dieser Maßnahmen mehr als 6.400 große und mittelgroße Staatsunternehmen in ihrem Umfang verkleinert worden sein und höhere Gewinne realisieren. Für die Abwicklung der Schulden der Staatsunternehmen bei den Banken sollen weiterhin 90 Mrd. Yuan für 45 Unternehmen zur Verfügung gestellt worden sein, von denen die meisten nunmehr Gewinne machten. Nach Angaben von Finanzminister Xiang wurden 1999 für 648 staatseigene Unternehmen 13 Mrd. Yuan als Subventionen für die technologische Erneuerung bereitgestellt. Das Gesamtvolumen für die technologische Modernisierung soll sich auf 60 Mrd. Yuan belaufen haben. Als weitere Maßnahmen, die zur Umstrukturierung beitragen haben, nannte Sheng den Abbau von veralteten und ineffizienten Industriebranchen, die Erhöhung der Exportsteuerrückerstattung, die Bekämpfung des Schmuggels, die Verbesserung der staatlichen Bestimmungen und der internen Operationsmechanismen der Staatsunternehmen.

Sheng räumte allerdings ein, dass die Marktnachfrage nach wie vor unbefriedigend und die Anzahl der Verlustunternehmen sowie der Umfang der Verluste zu hoch seien. Konkrete Angaben hierzu machte Sheng nicht. Die Kehrtwende bei der Performance der Staatsunternehmen sei zwar zunächst erst vorläufig, doch eine gute Voraussetzung, um das Ziel zu erreichen, in drei Jahren viele Staatsunternehmen zu erneuern. (XNA, 8.1.2000)

Die von Zhu Rongji 1997 angekündigte Zielvorgabe, den überwiegenden Teil der Staatsunternehmen in drei Jahren erfolgreich umzustrukturieren, ist offensichtlich nicht einzuhalten gewesen. Bereits im letzten Jahr wurde deshalb von einer Dreijahresfrist gesprochen, die bis zum Jahr 2001 laufen würde. Kritische Analysten vertreten jedoch die Sichtweise, dass auch diese Frist nicht ausreichen wird, um die Staatsunternehmen konkurrenzfähig und schuldenfrei zu machen. Statt der von Sheng Huaren erwarteten Gewinne in Höhe von 80 Mrd. Yuan für das Jahr 2000 erwarten viele Beobachter vielmehr Nettoverluste der Staatsunternehmen, insbesondere aufgrund der Überproduktion und der geringen Inlandsnachfrage. Die statistischen Angaben werden außerdem als nicht zuverlässig bewertet. (AWSJ, 10.1.2000; FAZ, 28.1.2000)

Auf ein dringendes Problem bei der Umstrukturierung der Staatsunternehmen weist die *Renmin Ribao* in einem Artikel am 11.1.2000 hin. So würden als Gründe für Verluste von Staatsunternehmen nicht nur unzureichende Finanzmittel, veraltete Technologien, schlechte Produktqualität und Unverkäuflichkeit der Produkte gelten, sondern hohe Verluste würden auch durch korruptes Verhalten des Managements zustande kommen. In dem Bericht werden verschiedene Beispiele aufgezeigt, in denen die Manager der Unternehmen sich persönlich bereicherten, insbesondere durch Unterschlagungen, Annahme von Bestechungsgeldern etc. Für Unternehmen mit sehr schwacher finanzieller Basis bedeute das korrupte Verhalten der Manager den schnellen Kollaps. Untersuchungen der entsprechenden Abteilungen zufolge könnten vier Verhaltensweisen des Managements unterschieden werden: 1. Entscheidungen werden auf eine willkürliche Art getroffen, 2. das Verhalten ist bürokratisch und die Pflichten werden vernachlässigt, 3. das Management ist chaotisch und viele Vermögenswerte verschwinden, 4. leitende Funktionäre nutzen ihre Macht für persönliche Gewinne aus und verschwenden oder veruntreuen staatliche und kollektive Vermögenswerte. In dem o.g. Artikel wird eine engere Kooperation zwischen der Kommission zur Überprüfung der Disziplin (der Funk-

tionäre), den Buchprüfungsbehörden sowie den Rechtsorganen gefordert. (RMRB, 11.1.2000, nach FBIS-CHI-2000-0114)

Einerseits scheint also eine stärkere Kontrolle über das Verhalten des Managements von Staatsunternehmen erforderlich zu sein, um Korruption zu unterbinden, andererseits müssen die leitenden Kader stärker motiviert werden. In diesem Zusammenhang wird derzeit in Beijing ein neues Modell der Beteiligung der Manager an den Gewinnen der von ihnen geleiteten Staatsunternehmen eingeführt. So sollen die Manager eine bestimmte Zahl von Aktien während der Zeit erhalten, in der sie das Unternehmen leiten. Die Gewinne sollen erst zwei Jahre nachdem sie das Unternehmen verlassen haben ausgezahlt werden. Außerdem soll die Performance der Manager mit einem bestimmten Standard verglichen werden, der eingehalten werden muss und der sie zum Verkauf der Aktien berechtigt. (XNA, 22.1.2000) Bisher ist das Gehalt der Manager in den Staatsunternehmen i.d.R. an die Länge der Berufstätigkeit gebunden gewesen und steht nicht in direkter Beziehung zur Gewinn- bzw. Verlustsituation der Unternehmen. -schü-

28 Nationale Landwirtschaftskonferenz fordert Umstrukturierungen im Agrarsektor

Auf der zweitägigen Nationalen Landwirtschaftskonferenz Anfang Januar wurde auf die Notwendigkeit zur Umstrukturierung der Landwirtschaft und der gesamten ländlichen Wirtschaft hingewiesen. Es seien Verbesserungen in der Landwirtschaft und in der ländlichen Wirtschaft erforderlich, und die Einkommen der Bauern müssten steigen.

Die Umstrukturierung zielt auf die Verbesserung der Qualität landwirtschaftlicher Produkte, die Optimierung der ländlichen Wirtschaftsregionen, die Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft und die koordinierte Entwicklung zwischen städtischer und ländlicher Wirtschaft. Die Umstrukturierung konzentriert sich auf vier Bereiche, nämlich den Aufbau eines ländlichen Marktsystems, auf Fortschritte in der ländlichen Wissenschaft und Technologie,

auf ein modernes Management der Landwirtschaft und auf den Aufbau von ländlichen Kleinstädten. (XNA, 7.1.2000)

Das Bauministerium kündigte an, dass die langfristige Planung für dieses Jahrhundert die Gründung von rd. 10.000 ländlichen Kleinstädten mit Schlüsselfunktion vorsehe. Bis Ende 1999 war die Zahl der ländlichen Kleinstädte auf 55.000 angestiegen. In diesen Städten existierten 70.000 Spezial- und Großhandelsmärkte mit einem gesamten Handelsvolumen von mehr als 500 Mrd. Yuan. Auf diese ländlichen Kleinstädte entfällt ein Anteil von ca. 25% des BIP; sie sind eine wichtige Basis für die Entwicklung der ländlichen Wirtschaft. Die Unternehmen in diesen Kleinstädten beschäftigen inzwischen rd. 150 Mio. Arbeitskräfte und tragen mit über 70% zum gesamten ländlichen Outputwert bei. Es wird damit gerechnet, dass diese Unternehmen auch in den nächsten Jahren einen Teil der überschüssigen Arbeitskräfte aufnehmen können. (XNA, 7.1.2000)

Nach offiziellen Angaben gibt es 490 Mio. Arbeitskräfte in den ländlichen Gebieten, von denen lediglich 200 Mio. eine Beschäftigung haben. Lin Yongsan, stellvertretender Minister für Arbeit und Soziale Sicherheit, kündigte deshalb Mitte Januar an, dass mehr Arbeitsplätze in den ländlichen Gebieten geschaffen werden müssten. Ziel sei es, Beschäftigungsmöglichkeiten für ländliche Arbeitskräfte vor Ort zu schaffen und einen Arbeitsmarkt aufzubauen. Als eine Maßnahme wurde die Verbesserung der Aus- und Weiterbildung genannt. (XNA, 16.1.2000)

Landwirtschaftsminister Chen Yaobang stellte auf der Konferenz außerdem die vorläufigen Ergebnisse der ländlichen Wirtschaft im Jahre 1999 vor. Die landwirtschaftliche Wertschöpfung soll um 3% gegenüber dem Vorjahr gestiegen sein, der Getreideoutput eine Höhe von 490 Mio.t, der Baumwolloutput von 3,2 Mio.t, der Fleischoutput von 60 Mio.t und der Output an Wasserprodukten ein Volumen von 40 Mio.t erreicht haben. Die Zunahme der Wertschöpfung der ländlichen nichtlandwirtschaftlichen Betriebe lag bei 14%. Das Nettoeinkommen der Bauern erhöhte sich um 4%. Zu den Problemen

zählten im letzten Jahr eine schwache Nachfrage nach Agrarprodukten im In- und Ausland, niedrige Preise und in bestimmten Regionen schwerwiegende Naturkatastrophen. (SWB FE/WO623/CNS 19.1.2000)

Die Preise für Nahrungsmittel sanken zwischen Mai und November 1999 um mehr als 11% im Vergleich zur entsprechenden Periode des Jahres 1998. Am stärksten waren Baumwolle, Rapssamen, Früchte und Gemüse betroffen. Die Preise für Baumwolle lagen bei 400 Yuan/50 kg, das waren 200 Yuan weniger in der Gegenüberstellung zur Vergleichsperiode. Die Preise für Rapssamen gingen um 17% zurück und lagen bei 110 Yuan/50 kg. (XNA, 4.1.2000)

Chen wies darauf hin, dass einige wirtschaftlich stärker entwickelte Regionen ihre Getreideproduktion entsprechend der Marktnachfrage reduzieren und andere Pflanzen mit höheren Gewinnaussichten anbauen dürften. Insgesamt müsse jedoch die landwirtschaftlich nutzbare Fläche geschützt und die grundsätzliche Produktionskapazität aufrechterhalten werden. Die wichtigen Getreideanbauregionen sollten ihre Anbausorten und ihre Qualitäten anpassen und versuchen, höhere Gewinne durch eine Qualitätssteigerung zu erreichen. Chen forderte, den Anbau von Hochqualitätsgetreide für die Weiterverarbeitung und als Futtergetreide zu intensivieren. Die Anbauflächen für Baumwolle, zuckerhaltige Pflanzen und Tabak sollen dagegen angemessen reduziert werden. (SWB FE/WO623/CNS 19.1.2000)

Am Beispiel der Überproduktion von Zucker wird die Notwendigkeit für eine marktorientierte Reform im Agrarsektor besonders deutlich. So weist ein Artikel in der *Financial Times* vom 5.1.2000 darauf hin, dass fünfzig Jahre Befehlswirtschaft dazu geführt haben, dass viele staatseigene Unternehmen ineffizient, inkompetent und mit hohen Verlusten belastet sind. Viele der 539 Zuckerraffinerien reagierten nicht auf Marktveränderungen und würden mehr Zucker produzieren als nachgefragt würde. Hinzu komme, dass die meisten Zuckerraffinerien zu klein seien, um kostengünstig zu produzieren. Während die durchschnittliche Jahreskapazität der Raffinerien bei jähr-

lich 18.000 t liege, wären viele Raffinerien sehr alt und noch nicht einmal in der Lage, 3.000 t herzustellen. Im Vergleich zu internationalen Preisen ist der Zucker in China auch deutlich teurer. Während der Preis des Zuckers auf dem Weltmarkt bei rd. 180 US\$/t liege, koste der inländische Zucker 260 US\$/t.

Umstrukturierungspläne der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission umfassen eine Reduzierung der Anzahl der Raffinerien auf 392 mit einer durchschnittlichen Kapazität von 26.000 t. Das inländische Produktionsvolumen soll von derzeit 10,5 Mio.t auf 7,5 Mio.t gesenkt werden. -schü-

29 Staatliche Investitionen trugen 1999 zwei Prozent zum Wirtschaftswachstum bei

Nach Angaben von Zeng Peiyan, Minister der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission, haben 1999 zusätzliche Staatsausgaben mit mehr als zwei Prozent zum gesamten Wachstum in Höhe von 7,1% beigetragen. Diese Staatsausgaben, insbesondere für Infrastrukturprojekte, sind durch die Emission von Anleihen finanziert worden. Zeng nannte ein Volumen von 210 Mrd. Yuan an Staatsanleihen, die im Laufe der letzten zwei Jahre zusätzlich ausgegeben wurden.

Auch auf andere Weise sei die Konjunktur im letzten Jahr durch staatliche Gegensteuerung angekurbelt worden. Dazu zählt Zeng die Erhöhung der Einkommen der städtischen Bevölkerung. So wurden die Ausgaben für die Grundversorgung der freigesetzten Arbeitskräfte der staatseigenen Verlustunternehmen gesteigert, die Ausgaben für den Arbeitslosenversicherungsfonds angehoben und die Löhne für Arbeiter sowie die Renten erhöht. Die gesamten Ausgaben hierfür lagen bei 54 Mrd. Yuan; von dieser Ausgabenerhöhung profitierten rd. 84 Mio. Menschen. Zeng zufolge trugen diese Maßnahmen sowie u.a. auch die Einführung von Konsumentenkrediten zur Erhöhung der Konsumnachfrage und zur Steigerung der gesamten Inlandsnachfrage bei.

Auch im laufenden Jahr 2000 soll Zeng zufolge der Ausweitung der Inlandsnachfrage Priorität bei der ge-

samtwirtschaftlichen Regulierung und Kontrolle eingeräumt werden. Neben der Implementierung der proaktiven Geldpolitik müsste außerdem die Reform der Staatsunternehmen beschleunigt sowie die Reform des Investitions- und Kreditvergabesystems vertieft werden. Ziel hierbei sei die Garantie hoher Anlageinvestitionen und eines normalen Anstiegs der Nachfrage, damit schrittweise die Abhängigkeit des Investitionswachstums von der Emission von Anleihen abgebaut werden kann.

Um der Konjunktur neue Impulse zu geben, forderte Zeng außerdem, Anreize für private Investitionen zu setzen und bisherige Zutrittsbarrieren für private Investoren weitestgehend zu reduzieren. Alle Diskriminierungen in den Bereichen Besteuerung, Landnutzung, Gründung von Unternehmen, Im- und Export und sonstige Restriktionen gegenüber nichtstaatlichen Wirtschaftseinheiten sollen aufgehoben werden. Nichtstaatliche Unternehmen sollen dieselben Möglichkeiten bei der Notierung von Wertpapieren haben wie Staatsunternehmen. Weiterhin sollen die bisherigen Beschränkungen bei der Energienutzung, beim Kauf von Wohnungen, Fahrzeugen und Telekommunikationsausrüstungen aufgehoben werden. (SWB FE D/3731/CNS, 7.1.2000)

Xu Hongyuan, stellvertretender Direktor des Forecast Department of the State Economic Information Center, wies Mitte Januar darauf hin, dass ein weiterer Rückgang des Wirtschaftswachstums vielfältige negative Auswirkungen habe. So sei nicht nur eine Fortsetzung der Deflation zu befürchten, eine Zunahme der Arbeitslosigkeit, Verschlechterung der Erwartungen von Konsumenten und Produzenten, sondern der Rückgang des Wirtschaftswachstums habe auch beträchtlichen Einfluss auf die Reform des Wirtschaftssystems und die Unternehmensreform.

Die derzeitige Wirtschaftslage mit ihrem Überangebot an Gütern bietet Xu zufolge die besten Voraussetzungen, um marktorientierte Reformen in vielen Bereichen durchzusetzen. Mit Ausnahme des Gütermarktes sind nach Einschätzung von Xu andere Wirtschaftsbereiche weniger am Markt ausgerichtet. So seien der Kapital-,

Geld-, Technologie- und der Arbeitsmarkt sowie der Markt für Dienstleistungen noch sehr unterentwickelt. Weiterhin forderte Xu, die Anforderungen der wirtschaftlichen Globalisierung und des Beitritts zur WTO zu erfüllen, indem die außenwirtschaftliche Öffnung intensiviert wird. Darüber hinaus sieht Xu die Notwendigkeit, wirkungsvolle Maßnahmen und Instrumente einzusetzen, um die Produktions- und Lebensbedingungen in den ländlichen Gebieten zu verbessern und die Einkommen der Bauern zu erhöhen. (FBIS-CHI-2000-01-14)

Ebenso wie im Vorjahr wird das Wirtschaftswachstum im Jahre 2000 von einer aktiven Haushaltspolitik abhängen. Die grundsätzlichen Probleme, die zu einer Verlangsamung des Wachstumstempos geführt haben und die sich als Rückgang der Inlandsnachfrage, der Investitionen und des Außenhandels manifestieren, konnten nach wie vor noch nicht befriedigend gelöst werden. -schü-

30 Wachstum der Geldmenge 1999

Obwohl die Regierung im letzten Jahr grünes Licht für eine beschränkte Kreditausweitung gegeben hatte, blieb das Wachstum des Geldangebots relativ niedrig. Diese Entwicklung spiegelt Analysten zufolge die Einstellung der Banken wider, die während einer Verlangsamung der Wirtschaftsentwicklung zurückhaltender bei der Kreditvergabe sind.

Die Zunahme der Geldmenge M2 (Bargeldumlauf und Mindestreserve sowie Sichteinlagen (=M1) und Termingelder) erhöhte sich 1999 um 14,7% auf 11,9 Billionen Yuan. Damit lag das Wachstum dieser Geldmenge niedriger als im Jahr 1998, in dem die Zunahme 15,3% betragen hatte.

Die Geldmenge M1 nahm 1999 um 17,7% zu und betrug 4,58 Billionen Yuan, das Wachstum lag im Vergleich zum Vorjahr um 6 Prozentpunkte höher. Die Geldmenge M0 (Bargeldumlauf und Mindestreserve) stieg um 20,1% und lag bei 1,34 Billionen Yuan. Als Folge der zurückhaltenden Kreditvergabe lag das Wachstum der Kredite bei lediglich 12,5%. (SCMP, 13.1.2000)

Zentralbankpräsident Dai Xianglong kündigte Ende Januar an, dass in diesem Jahr die Geldmenge M2 um 14-15% zunehmen soll. Die Wachstumsrate für die Geldmenge M1 wurde mit 15-17% angegeben. Demnach wird nicht von einer höheren Ausweitung der Geldmenge als im letzten Jahr ausgegangen. (XNA, 21.1.2000) -schü-

31 Unterschiedliche Konsummuster der städtischen Bevölkerung

Eine gemeinsam zwischen einer Sonderabteilung des Staatlichen Statistikamtes (China Component Business Cycle Index of Conformity Monitoring Centre) und der New Era Market Monitoring Organs Co. Ltd. durchgeführte Untersuchung zeigt große Unterschiede im Konsummuster der städtischen Bevölkerung auf. Die Untersuchung mit dem Titel „The Report on Consumption Forms of Chinese Urban Residents in 1999“ wurde sechs Monate lang durchgeführt und basiert auf Erhebungen in 20 Städten mit insgesamt rd. 50.000 Konsumenten.

personellen) Einkommensunterschiede auch die Ausgabenstruktur Unterschiede aufweist. So haben beispielsweise 51% der Familien weniger als 50 Yuan für Unterhaltung und Reisen aufwenden können, während 14% der Familien hierfür mehr als 200 Yuan im Monat ausgaben.

Der Untersuchung zufolge konzentrieren sich die städtischen Konsumenten bei dem Kauf von elektrischen Haushaltsgeräten auf wenige Marken, verpackte Nahrungsmittel und Mineralwasser. Beim Kauf von Alkoholika, Zigaretten, modischer Kleidung, Kosmetik etc. bleiben die Konsumenten nicht bei einer einzigen Marke, sondern versuchen verschiedene Produkte. Für das laufende Jahr kann dem Bericht nach mit einer Zunahme des Absatzes von Fernsehgeräten, Kühlschränken und Waschmaschinen gerechnet werden.

Das Kaufverhalten war ebenfalls Gegenstand der Untersuchung. So wurde festgestellt, dass der Mann beim Kauf von elektrischen Haushaltsgeräten und dauerhaften Konsumgütern in 73% der Familien in Guangzhou und

Difference in Urban Dwellers' Consumption“, in: *China Economic News*, No. 4, 24.1.2000, S. 6-7)

Wie unterschiedlich die Ausgaben für Nahrungsmittel, Gebrauchsartikel des täglichen Bedarfs, Bildung und Unterhaltung in verschiedenen Städten sind, zeigt die Tabelle „Ausgabenstruktur der städtischen Bevölkerung (Ausgaben pro Familie in Yuan)“. -schü-

32 Statistikamt warnt Lokalregierungen vor falschen Angaben

Mitte Januar kündigte Liu Hong, Direktor des Nationalen Statistikamtes, auf einem Treffen der Leiter der lokalen Statistikämter härtere Maßnahmen bei Verstößen gegen die ordnungsgemäße Erhebung und Weitergabe von Statistiken an. Liu drohte damit, die verantwortlichen Beamten von ihren Positionen zu entfernen und vor Gericht zu stellen.

Die Kontrollmaßnahmen sollen solche Personen aufdecken und bestrafen,

Ausgabenstruktur der städtischen Bevölkerung (Ausgaben pro Familie in Yuan)

Stadt	Nahrungsmittel	Artikel des täglichen Gebrauchs	Bildung	Unterhaltung
Beijing	476	202	139	125
Shanghai	472	224	152	132
Guangzhou	481	211	137	150
Chengdu	409	146	106	125
Tianjin	430	152	101	87
Shenyang	357	142	105	92
Jinan	378	145	98	94
Nanjing	445	170	130	110
Wuhan	352	145	118	88
Fuzhou	486	196	132	128
Xi'an	359	162	128	106
Kunming	393	164	132	136
Chongqing	439	130	92	91
Xiamen	519	225	147	162
Shenzhen	516	255	178	205
Hangzhou	463	197	138	135
Zhengzhou	361	139	95	88
Qingdao	433	159	110	96
Dalian	445	150	111	98
Harbin	343	138	116	98

Quelle: „Big Difference in Urban Dwellers' Consumption“, in: *China Economic News*, No. 4, 24.01.2000, S.6-7.

Der Bericht macht deutlich, dass aufgrund der wachsenden (regionalen und

in 67% der Familien in Shenzhen den entscheidenden Einfluss hatte. („Big

die ihre Machtposition ausnutzen und aufgrund politischer und wirtschaftli-

cher Vorteile offizielle Statistiken verzerren.

In einer kürzlich durchgeführten Prüfung der Statistiken von 100 Staatsunternehmen musste festgestellt werden, dass 89 der Unternehmen falsche Angaben über ihre Gewinne und Verluste gemacht hatten.

Li Qiang, Direktor der Abteilung für statistisches Design und Management, wies darauf hin, dass viele Lokalregierungen die Wachstumsrate der lokalen Wirtschaft gegenüber dem Zentralen Statistikamt als zu hoch ausgewiesen haben. Er räumte allerdings ein, dass die lokalen Angaben zum BIP korrekt seien. (SCMP, 12.1.2000)

Auf dem o.g. Treffen der lokalen Statistikämter wurde der Aufbau eines nationalen Statistiksystems per Internet innerhalb der kommenden zwei Jahre angekündigt, um die Transparenz der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu verstärken und den internationalen Austausch im Statistikbereich zu erleichtern. Das geplante System wird rd. 400 Mio. Yuan kosten und soll später auch Daten auf Kreisebene präsentieren. (XNA, 11.1.2000)

Über die ungewöhnlichen Praktiken der Lokalregierungen, Statistiken zu erstellen, berichtet auch die *Renmin Ribao* am 15.12.99. So sollen einige Dörfer und Kleinstädte eines Stadtbezirkes die monatlichen Statistikberichte bereits vorproduziert haben. Eines der Dörfer habe sogar Statistiken über nicht existierende Industrien vorgelegt. Auch seien Frauen, die des Schreibens und Lesens nicht mächtig sind, als alphabetisiert in die Statistik aufgenommen worden. Falsche Angaben wurden ebenfalls hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung auf lokaler Ebene gemacht. Die Weiterleitung falscher Statistiken geschehe der Zeitung zufolge vor allem durch Beamte, die Karriere machen wollen. (SWB FE/D 3737/CNS, 14.1.2000) -schü-

SVR Hongkong

33 Offizielle Umbenennung der Xinhua-Vertretung in „Verbindungsbüro“

Ende Dezember 1999 beschloss der Staatsrat, die Hongkonger Vertretung der Chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua in „Verbindungsbüro der Zentralregierung in der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong“ (chin. *lianhuo bangongshi*, engl. *Liaison Office*) umzubenennen. Analog wurde in Macau verfahren (vgl. Übersicht unten). Die neue Regelung trat zum 18. Januar in Kraft.

Der Schritt wurde damit begründet, dass im In- und Ausland über die Funktionen dieses Organs seit langer Zeit Verwirrung bestehe, die nunmehr beseitigt werden solle. Seit ihrer Gründung im Jahr 1947 hatte die Hongkonger Xinhua-Vertretung als informeller Vorposten der VR China in Hongkong gedient, die nicht nur ihre eigenen Presseorgane vertrieb, sondern darüberhinaus in enger Zusammenarbeit mit dem Beijing-er Staatsrats-Büro für Angelegenheiten Hongkong und Macaus politische Kontakte zur britischen Kolonialverwaltung, zu lokalen Zellen der KPCh und anderen Beijing-nahen Organisationen in Hongkong pflegte. Seit Mitte der achtziger Jahre verstärkte die Xinhua-Vertretung im Hinblick auf die bevorstehende Rückgabe der Kolonie an die VR China ihre so genannten „Einheitsfront“-Aktivitäten, die auf eine informelle Kooptation der lokalen Medien- und Geschäftswelt abzielten. Mit der Übergabe Hongkongs im Sommer 1997 wurde das Xinhua-Agenturbüro offiziell als Vertretungsorgan der Beijing-er Zentralregierung autorisiert (*Ming Pao*, 10.1.2000, nach SWB, 13.1.2000; XNA, 18.1.2000; SCMP, 10., 21.1.2000; vgl. auch Cheng, Joseph Y.S., „Prospects for Democracy in Hong Kong After the Beijing Massacre“, in: *Australian Journal of Asian Affairs*, No. 23 (Januar 1990).

Während die journalistischen Aufgaben der Xinhua-Agentur in Gestalt

eines eigenen „Xinhua-Büros in der SVR Hongkong“ separat fortgesetzt werden sollen (analog in Macau), wurde der Funktionsbereich des „Verbindungsbüros der Zentralregierung in der SVR Hongkong“ in der Nachfolge der Xinhua-Vertretung wie folgt umschrieben:

- Kontakt zu den beiden anderen lokalen Vertretungsorganen der VR China, nämlich dem Sonderbevollmächtigten des chinesischen Außenministeriums für die SVR Hongkong und den Garnisonstruppen der chinesischen Volksbefreiungsarmee in Hongkong;
- Kontakt zu Unternehmen der VR China mit Niederlassungen in Hongkong und Hilfestellung für die für diese Unternehmen zuständigen Beijing-er Regierungsbehörden;
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen Hongkong und dem Festland in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport sowie des Austausches zwischen „Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen“;
- Zuständigkeit für auf Taiwan bezogene Angelegenheiten;
- Zuständigkeit für sonstige Aufgaben der Beijing-er Zentralregierung (XNA, 18.1.2000).

Von offizieller Seite wurde betont, dass die Umbenennung keinen Funktionswandel und damit auch keinerlei politische Signifikanz berge. Dies wird durch die personelle Kontinuität bestätigt: Leiter bleibt der seit der Übergabe Hongkongs im Amt befindliche bisherige Direktor des Xinhua-Büros und ehemaliger Stellvertreter der Außenminister Chinas, Jiang Enzhu (geb. 1938) (XNA, 18.1.2000; *Ming Pao*, 10.1.2000, nach SWB, 13.1.2000; SCMP, 21.1.2000).

Entgegen diesen Beteuerungen funktionaler Kontinuität befürchten demokratische Kräfte in Hongkong, dass es sich bei diesem Schritt um einen Versuch der VR China handeln könnte, den informellen Kontrollzugriff Beijings auf die Hongkonger Regierung